A 22127 C

Globalisierung: Falle oder Wohlstandsquelle? 413
Was bringt die Höherbewertung der Goldreserven? 420
Kaum noch Fortschritte bei der Integration junger Ausländer in das Bildungssystem 422

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 23/97

Berlin Stöglin 5. Juni 1997 64. Jahrgang

Globalisierung: Falle oder Wohlstandsquelle?

Der Begriff „Globalisierung" wird in Westeuropa mehr und mehr zum Schlüsselbegriff für dramatische Veränderungen im Sozialstaatsgefüge. Globalisierung steht dabei für eine zunehmende wirtschaftliche Verflechtung über Handels-, Kapital- und Technologieströme, aber auch für zunehmende Konkurrenz aus Niedriglohnländern sowie für die Auslagerung von Arbeitsplätzen über Direktinvestitionen. Globalisierung wird zuweilen auch als Ursache für steigende Arbeitslosigkeit und deshalb als Bedrohung für Demokratie und Wohlstand der westlichen Länder verstanden. Viele sehen in ihr den Beginn eines Wettrennens nach unten, in dessen Verlauf die Reallöhne auf das Niveau von Schwellen- oder gar Entwicklungsländern sinken müßten, wenn man erfolgreich auf den Weltmärkten konkurrieren wolle.

Das DIW hat in einer Studie für das niederländische Arbeits- und Sozialministerium die Frage untersucht, ob die Globalisierung tatsächlich die ihr zugeschriebenen negativen Wirkungen in den westlichen Industrieländern hat und ob ihr die Wirtschaftspolitik ohnmächtig ausgeliefert ist[1]. Dieser Beitrag faßt die wesentlichen Ergebnisse zusammen.

Das Tempo der Globalisierung

In der öffentlichen Diskussion ist der Eindruck verbreitet, als hätte sich das Tempo der Globalisierung in den letzten Jahren stark verschärft. Für die Handelsströme läßt sich dies nicht feststellen. So hat sich der Offenheitsgrad[2] der deutschen Volkswirtschaft nur langsam und relativ kontinuierlich erhöht (vgl. Schaubild 1). Zwar hat der Wert dieses Indikators für das verarbeitende Gewerbe stark zugenommen. Das hohe Wachstum des Dienstleistungssektors, dessen Offenheitsgrad beinahe konstant geblieben ist, hat diesen Trend aber fast neutralisiert. Für die meisten anderen Industrieländer ergibt sich ein ähnliches Bild. Auch aus den Arbeitskräftebewegungen läßt sich keine Erhöhung des Globalisierungstempos ablesen. Zwar verzeichneten die meisten Industrieländer von 1970 bis 1994 per saldo Zuwanderungen. Diese waren jedoch mit Ausnahme Schwedens und Deutschlands nahezu konstant, und bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind sie gering[3].

Ein anderes Bild ergibt sich bei den Kapitalströmen (vgl. Tabelle). In den achtziger Jahren kam es zu einem starken Anstieg der Direkt- und Portfolioinvestitionen[4]. Für die erste Hälfte der neunziger Jahre läßt sich für Japan und das Vereinigte Königreich zwar ein leichter Rückgang feststellen, dennoch ist an den Kapitalströmen

---

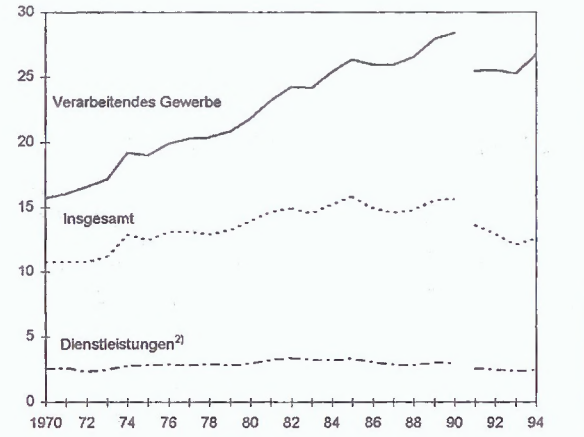
[1] Fritz Franzmeyer, Ludger Lindlar und Harald Trabold: Employment and Social Policies under International Constraints, Den Haag, 1996.

[2] Der Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft ergibt sich als Summe aus dem Anteil der Exporte am Bruttoproduktionswert und dem Anteil der Importe an der gesamten inländischen Nachfrage dividiert durch zwei.

[3] Vgl. dazu auch Fritz Franzmeyer, Ludger Lindlar und Harald Trabold, a.a.O., Kapitel 3.

[4] Der sehr hohe Wert für Belgien-Luxemburg ist im wesentlichen Ausdruck von Portfolioinvestitionen aus steuerlichen Gründen.

Schaubild 1



[1] Die Summe der Ex- und Importquoten dividiert durch 2.- [2] Ohne Staat und private Haushalte.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.3, 1996; Berechnungen des DIW.

DIW 97

die Intensivierung der weltwirtschaftlichen Verflechtung am deutlichsten zu erkennen.

Alles in allem kann man — trotz der Öffnung Osteuropas — nicht pauschal davon sprechen, daß es in den letzten Jahren einen Globalisierungsschub gegeben hätte. Die Globalisierung ist vielmehr ein langsamer und relativ stetiger Prozeß, der gleichwohl permanenten Strukturwandel erfordert. Wenn dennoch in manchen Ländern oder Branchen der Eindruck entsteht, daß sich der Anpassungsdruck stark erhöht hat, dann ist dies zum einen Folge der jahrelangen Abschottung dieser Branchen gegenüber den weltwirtschaftlichen Erfordernissen und zum anderen Ergebnis der allgemein schlechten wirtschaftlichen Situation.

Globalisierung und das Niveau der Arbeitslosigkeit

Ein direkter Zusammenhang zwischen der Globalisierung und dem Niveau der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern läßt sich nicht nachweisen. Dazu fehlt es bereits an überzeugenden theoretischen Begründungen. Die neoklassische Außenhandelstheorie verweist zwar auf das Faktorpreisausgleichstheorem, welches besagt, daß sich die Entlohnung der Produktionsfaktoren international angleicht. Im Rahmen der Globalisierungsdebatte wird mit dieser Überlegung teilweise suggeriert, eine der Ursachen für das Entstehen der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern sei die Tatsache, daß die Löhne dort wesentlich höher sind als in Schwellen- oder Entwicklungsländern. Notwendig seien daher eine allgemeine Lohnsenkung und Wohlstandseinbußen in den westlichen Industrieländern, da diese nur so wettbewerbsfähig bleiben und Arbeitslosigkeit vermeiden könnten[5].

Vieles spricht aber dafür, daß sich international divergierende Löhne über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten lassen, ohne daß es aus diesem Grund zu Arbeitslosigkeit kommen muß. Die theoretische Begründung liefert der auf Ricardos Ideen beruhende Neotechnologieansatz. Er erklärt die Unterschiede im Lohnniveau zwischen den Ländern durch Unterschiede in der Generierung und Anwendung von Technologie. Das Lohnniveau eines Landes ist um so höher, je stärker dieses in der Lage ist, ökonomisch verwertbares Wissen zu produzieren bzw. aus externen Quellen zu absorbieren und es effizient für Produkt- und Prozeßin-

[5] Zur Problematik der Verwendung des Begriffs Wettbewerbsfähigkeit in bezug auf Volkswirtschaften vgl. Harald Trabold: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/1995, S. 169-185.

Kapitalströme[1] ausgewählter Länder
in vH des BIP

	1970-74	1975-79	1980-84	1985-89	1990-95
Belgien-Luxemburg	...	3,4	5,1	14,3	41,5
Dänemark	...	0,6	0,9	3,5	7,2
Deutschland	1,2	1,3	1,7	5,2	6,3
Japan	...	0,6	2,6	5,9	3,7
Niederlande	7,3	4,7	6,0	10,9	11,1
Schweden	1,0	1,2	1,7	5,0	7,0
USA	1,0	1,5	1,4	2,9	3,3
Vereinigtes Königreich	3,6	4,0	5,4	14,4	11,9

[1] Summe der einfließenden und ausfließenden Direktinvestitionen plus Portfolioinvestitionen.
Quelle: IMF, World Economic Outlook, May 1997, Washington, D.C.

novationen einzusetzen[6]. Die neoklassische Außenhandelstheorie abstrahiert von solchen Technologieunterschieden und kommt daher beinahe zwangsläufig zu dem Schluß, daß sich die Löhne international angleichen müssen.

Bei der Argumentation, daß die Industrieländer ihre Löhne reduzieren müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben, wird aber auch die Dynamik des weltwirtschaftlichen Wettbewerbs verkannt. Dieser führt zwar dazu, daß Unternehmen aus Ländern mit hohen Löhnen arbeitsintensive und technologisch wenig anspruchsvolle Teile ihrer Produktion an die Niedriglohnländer verlieren. Gleichzeitig gewinnen die Hochlohnländer aber neue Märkte bei humankapitalintensiven und technologisch anspruchsvollen Produkten hinzu. Für die traditionellen Hochlohnländer bedeutet der Aufholprozeß der Schwellenländer dennoch tendenziell, daß sie sowohl insgesamt als auch in bestimmten Branchen Marktanteile verlieren. Dieser Verlust an Marktanteilen kann wegen des insgesamt steigenden Volumens des Welthandels ohne weiteres mit hohen absoluten Zuwächsen beim Export der Industrieländer einhergehen. Das Aufholen der Schwellenländer bedeutet folglich keineswegs, daß vom Außenhandel negative Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung der Industrieländer ausgehen.

Für ein technologisch hochentwickeltes Land ist es keineswegs sinnvoll, seinen Platz an der Spitze der Lohnskala zu räumen und zu versuchen, durch Lohnsenkung den Wettbewerbsdruck der aufholenden Länder zu vermindern. Man verlöre mit einer solchen defensiven Reaktion die Möglichkeit, temporäre Monopolgewinne aus innovativen Produkten und Produktionsverfahren zu erzielen, die vorwiegend bei technologisch anspruchsvollen Produkten anfallen. Dann käme es früher oder später zu sinkender Produktivität und sinkenden Löhnen. Dadurch würde der Wettbewerbsdruck aber nicht vermindert, da auch die anderen Plätze in der Lohnhierarchie besetzt sind. Ein Land konkurrierte dann mit einem niedrigeren Lohnniveau auf anderen Produktmärkten, der Wettbewerb wäre aber nicht weniger scharf[7].

Neben diesen theoretischen Überlegungen spricht aber auch der empirische Befund gegen einen Zusammenhang zwischen der Globalisierung und dem Niveau der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern (vgl. Schaubild 2):

— Die USA konnten von 1982 bis 1995, als die Globalisierung nach verbreiteter Ansicht ihre Kräfte am stärksten entfaltete, die Arbeitslosenquote von knapp 10 auf knapp 6 vH reduzieren. Im gesamten Zeitraum von 1960 bis 1995 unterlag die Arbeitslosenquote in den USA relativ starken zyklischen Schwankungen. Auch der kurzzeitige Anstieg zu Anfang der neunziger Jahre war eindeutig auf das Abflauen der Konjunktur zurückzuführen.

— Deutschland, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Belgien und den Niederlanden gelang in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine z.T. erhebliche Reduzierung ihrer Arbeitslosigkeit. In Westdeutschland lag die nach dem Verfahren der OECD standardisierte Arbeitslosenquote bis Anfang der neunziger Jahre sogar fast immer unter der der USA. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit Anfang der achtziger und Anfang der neunziger Jahre (in Westdeutschland ab 1993) war auch hier rezessionsbedingt. Ein „Globalisierungsschub", der eine alternative Erklärung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit böte, ist für Europa ebenso wie für den Rest der Welt nicht auszumachen.

— Japan konnte sogar die zyklischen Schwankungen der Arbeitslosigkeit ausgesprochen gering halten. Hier ist allerdings von Mitte der siebziger bis Ende der achtziger Jahre eine beinahe stetige Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu konstatieren — allerdings auf relativ niedrigem Niveau. Sie ging von 1988 bis 1991 leicht zurück und stieg erst 1994 und 1995 wieder auf rund 3 vH.

Die Vertiefung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen bietet also weder in theoretischer noch in empirischer Hinsicht eine zufriedenstellende Erklärung für die Entstehung und die Persistenz von Arbeitslosigkeit. Ein Zusammenhang zwischen Globalisierung und Arbeitslosigkeit wird oftmals partialanalytisch begründet. So wird argumentiert, ein Außenhandelsüberschuß sei gleichbedeutend mit der Schaffung oder dem Erhalt von Arbeitsplätzen; ein Defizit bei den Direktinvestitionen wird mit einem Export von Arbeitsplätzen gleichgesetzt. Beide Aussagen scheinen zwar isoliert betrachtet plausibel, sie vernachlässigen aber die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wenn ein Land Überschüsse im Warenhandel erzielen will, muß es vom Ausland entweder Dienstleistungen importieren, z.B. in Form von Tourismus, oder ihm Kapital zur Verfügung stellen, z.B. in Form von Portfolio oder Direktinvestitionen. Durch den Dienstleistungsimport oder Kapitalexport „verliert" ein Land jedoch wieder Arbeitsplätze an das Ausland. Es ist daher nicht sinnvoll, von einzelnen Salden der Zahlungsbilanz auf gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzgewinne oder -verluste zu schließen. Dies zeigt sich auch an den Beispielen USA und Japan. In den Vereinigten Staaten geht das „Beschäftigungswunder" Hand in Hand mit einem hohen Außenhandelsdefizit, und in Japan bleibt die Arbeitslosenquote trotz hoher Defizite bei den ausländischen Direktinvestitionen relativ stabil.

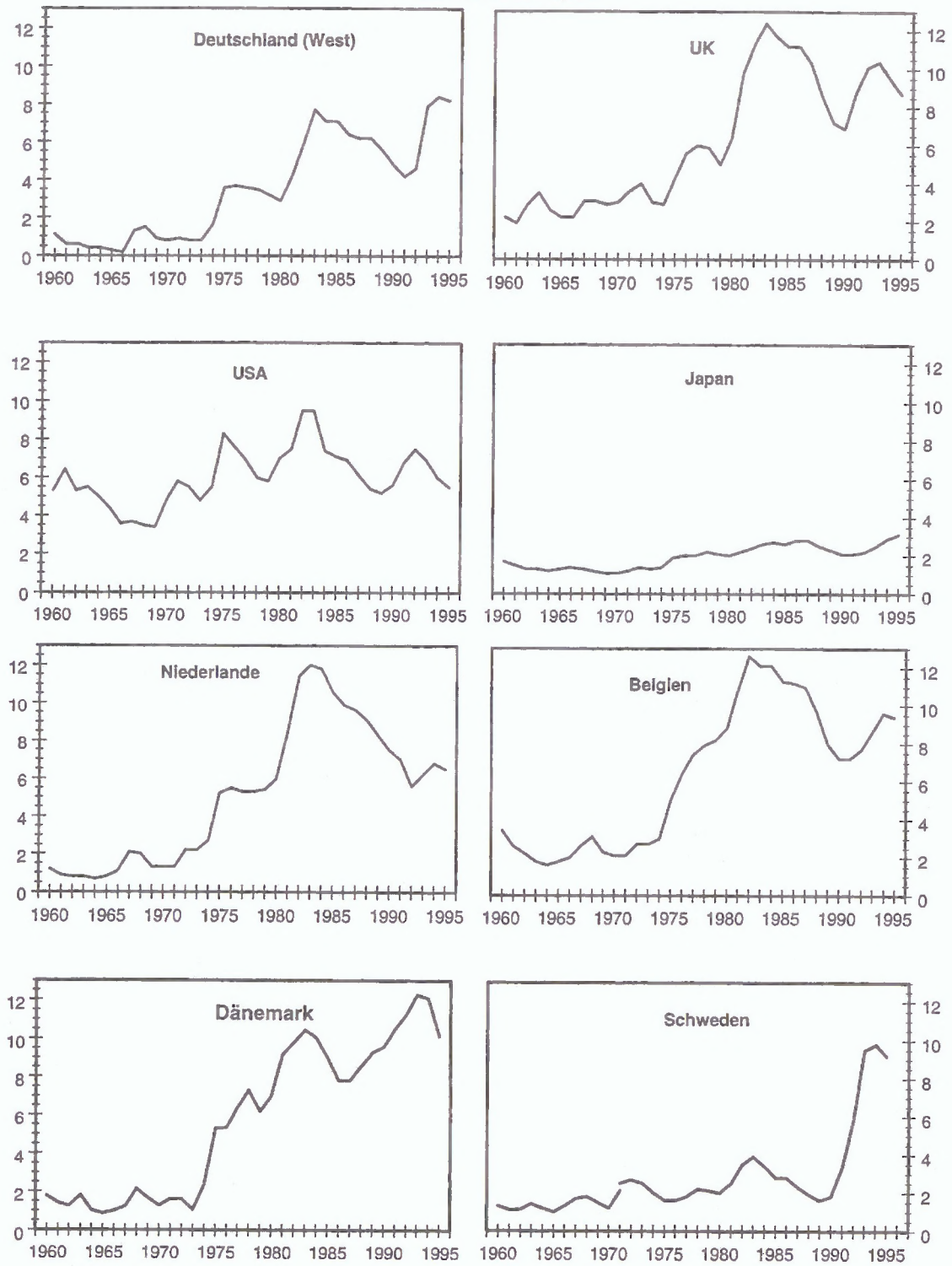
---

[6] Vgl. dazu auch Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise: Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse. Beiträge zur Strukturforschung, Heft 155, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1995.

[7] Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1996. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43-44/96, S. 702 und 706 f.

Schaubild 2

Arbeitslosenquoten ausgewählter OECD-Länder, 1960 bis 1995
Standardisierte Arbeitslosenquote[1)]



[1)] Quote für Dänemark ist nicht standardisiert, für Schweden seit 1971.
Quelle: Fritz Franzmeyer, Ludger Lindlar und Harald Trabold: Employment and Social Policies under International Constraints, Den Haag, 1996.

DIW 97

Globalisierung und technischer Fortschritt verringern die Nachfrage nach gering Qualifizierten

Kann Globalisierung, wenn nicht das Niveau, so doch die Struktur von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie die Einkommensverteilung beeinflussen? Kommt sie insbesondere als Verursacherin der sich vergrößernden Einkommensungleichheit innerhalb eines Landes und der Verschlechterung der Beschäftigungschancen der gering Qualifizierten in Betracht? Nach der neoklassischen Theorie des internationalen Handels führt eine Zunahme des *Außenhandels* mit den Schwellen- und Entwicklungsländern zu einer Verringerung der Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften in den Industrieländern und zu einer Zunahme der Nachfrage nach Hochqualifizierten. Infolge dieses Effektes müßte die Entlohnung der gering qualifizierten relativ zu der der hoch qualifizierten Arbeitskräfte sinken.

Verstärkt wird der Druck auf die gering qualifizierten Arbeitskräfte durch von Nord nach Süd bzw. neuerdings von West nach Ost fließende *Direktinvestitionen*. Diese werden entweder getätigt, um die Exportprodukte der Industrieländer besser vermarkten zu können oder um Faktorkostenvorteile, insbesondere die in Süd und Ost niedrigen Löhne ungelernter bzw. gering qualifizierter Arbeitskräfte, besser ausnutzen zu können. Da eine Steigerung der Exporte des Nordens nur durch den vermehrten Einsatz von hochwertiger Arbeit möglich ist, erhöht dies die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Eine Erhöhung der Importe aus dem Süden aufgrund der Auslagerung von relativ arbeitsintensiven Produktionsprozessen führt zu einem Rückgang der Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften. Direktinvestitionen reduzieren also tendenziell die Nachfrage nach ungelernten relativ zu qualifizierten Arbeitskräften im Norden. Dies verstärkt einerseits den vom internationalen Handel ausgehenden Druck auf die Löhne bzw. die Beschäftigungschancen ungelernter, verbessert aber andererseits die Einkommens- bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten qualifizierter Arbeitskräfte.

Technischer Fortschritt und Globalisierung stehen in einem engen Zusammenhang. Einerseits zwingt der erhöhte Konkurrenzdruck auf globalen Märkten die Unternehmen zu einer beschleunigten Anwendung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Zum anderen schafft der technische Fortschritt, z.B. durch leistungsfähigere Kommunikationsnetze, erst die Voraussetzungen für eine weitere Globalisierung der Märkte. Der technische Fortschritt hat aber wohl die Nachfrage nach geringer qualifizierten Arbeitskräften vermindert. Dafür sprechen mehrere Gründe: Zum einen sind ungelernte Arbeitskräfte leichter durch Maschinen zu ersetzen als qualifizierte. Zum zweiten erfordern die Konstruktion und der Bau solcher Maschinen mehr qualifizierte Arbeitskräfte. Zum dritten passen sich qualifizierte Arbeitskräfte besser den sich wandelnden technischen Arbeitsbedingungen an. Alles in allem hat der technische Fortschritt tendenziell dieselbe Wirkung auf die Nachfrage bzw. Entlohnung von gering qualifizierten Arbeitskräften wie Außenhandel und Direktinvestitionen.

Allerdings wirken nicht nur diese Faktoren auf die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Industrie- und Entwicklungsländern. Neben der internationalen Arbeitsteilung wird der Strukturwandel in allen Ländern auch von Veränderungen der Nachfragestruktur geprägt, z.B. der zunehmenden Nachfrage nach Dienstleistungen. Die internationale Arbeitsteilung für sich genommen reduziert zwar die Nachfrage nach weniger gut ausgebildeten Arbeitskräften in den Industrieländern, gleichzeitig entstehen aber aufgrund der vermehrten Nachfrage nach Dienstleistungen neben Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte auch zusätzliche Arbeitsplätze für gering Qualifizierte. Die Ausweitung des Dienstleistungssektors kann somit den Rückgang der Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften zum Teil kompensieren.

Zuwanderungen erhöhen das Angebot an gering qualifizierten Arbeitskräften

Arbeitskräftewanderungen verändern das Niveau und die Struktur des Arbeitsangebots. Durch Zuwanderung in die wirtschaftlich hochentwickelten Länder steigt dort das Angebot an gering qualifizierten relativ zu qualifizierten Arbeitskräften und verursacht einen entsprechenden Druck auf die Löhne. Dies ist zum Beispiel in den USA seit Anfang der siebziger Jahre der Fall[8] . Auch für Westeuropa gibt es deutliche Hinweise darauf, daß die Zuwanderer eher mit den gering als mit den hoch qualifizierten Arbeitnehmern konkurrieren[9]. Dies dürfte auch für illegal Zuwandernde gelten. Sie finden vor allem in der Land-, Forst- oder Bauwirtschaft und in bestimmten Bereichen des Dienstleistungsbereichs Arbeit. Auch von den illegal Zuwandernden geht somit vor allem Druck auf die Löhne der gering qualifizierten Arbeitnehmer aus.

Der empirische Befund zu Einkommensverteilung und Struktur der Arbeitslosigkeit

Auf den ersten Blick entspricht der empirische Befund den theoretischen Überlegungen: Insgesamt gesehen ist die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften in den westlichen Industrieländern in den letzten Jahren stark, zum Teil dramatisch, zurückgegangen[10]. Dies hat einmal dazu geführt, daß in vielen Industrieländern die Arbeitslosenquoten bei gering qualifizierten Ar-

---

[8] Vgl. George Borjas: The Economics of Immigration, in: Journal of Economic Literature, Bd. 31, S. 1667-1717, 1994.

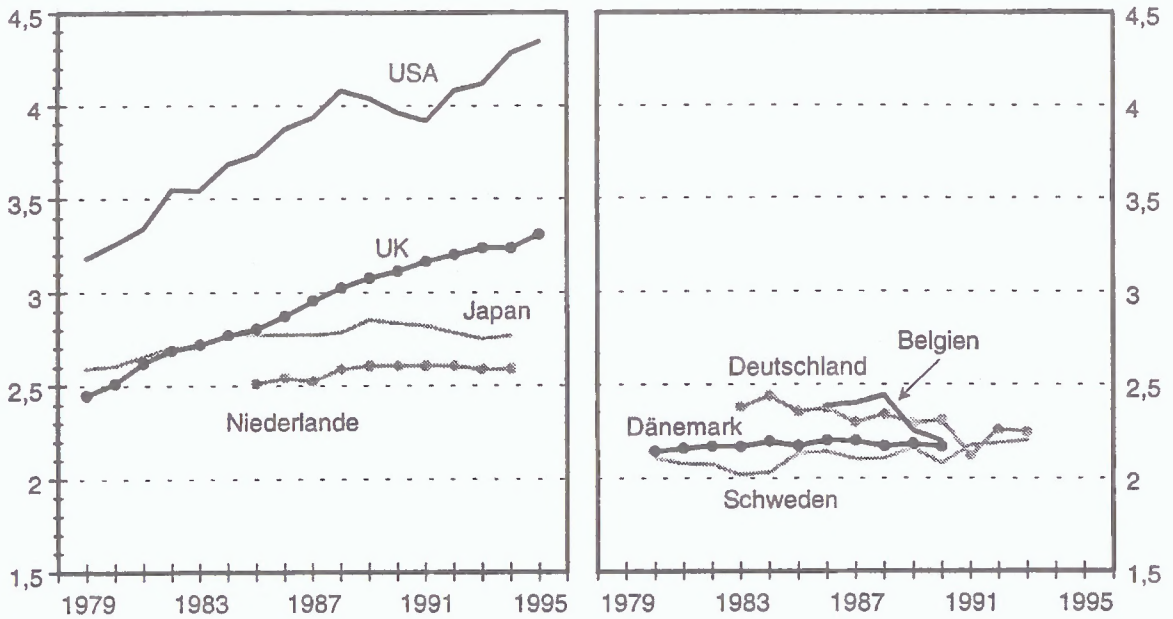
[9] Vgl. für Deutschland: John Haisken-DeNew: Migration and the Inter-industry Wage Structure in Germany, Berlin/Heidelberg, 1996.

[10] Vgl. dazu Stephen Nickell und Brian Bell: The Collapse in Demand for the Unskilled and Unemployment Across the OECD, in: Oxford Review of Economic Policy, Bd. 11, Heft 1, S. 40-61, 1995.

Schaubild 3

Streuung der Bruttoverdienste, 1979 bis 1995

D9/D1 Quotient[1)]



[1)] Der D9/D1-Quotient bezeichnet das Verhältnis zwischen der unteren Grenze des obersten Einkommensdezils und der oberen Grenze des untersten Einkommensdezils.

Quelle: Fritz Franzmeyer, Ludger Lindlar und Harald Trabold: Employment and Social Policies under International Constraints, Den Haag, 1996. **DIW 97**

beitskräften um ein Vielfaches über denen der qualifizierten lagen. Zum anderen sind in einigen Ländern auch die Einkommen der gering qualifizierten Arbeitskräfte im Vergleich zu denen der qualifizierten gesunken. Insbesondere für die USA und das Vereinigte Königreich läßt sich für den Zeitraum von 1979 bis 1995 eine erhebliche Vergrößerung der Einkommensungleichheit konstatieren (Schaubild 3). Beide Länder haben 1995 ein weit über dem der anderen Länder liegendes Maß an Einkommensungleichheit erreicht. Eine leichte Erhöhung der Einkommensungleichheit läßt sich für Japan und die Niederlande beobachten, während sie in Dänemark und — trotz einiger Schwankungen — auch in Schweden konstant geblieben ist. Deutschland und Belgien sind die einzigen Länder, in denen die Verteilung der Bruttoeinkommen –geringfügig–gleicher geworden ist.

Allerdings hat die starke Einkommensspreizung in den davon betroffenen Ländern keineswegs dafür gesorgt, daß die Arbeitslosigkeit bei den gering qualifizierten Arbeitskräften besonders niedrig liegt. Das Gegenteil ist der Fall: In den USA und dem Vereinigten Königreich waren 1992 rund 13 vH der gering Qualifizierten arbeitslos, während es in den Niederlanden und in Deutschland nur 8 bzw. 9 vH und in Schweden gar nur 5 vH waren. Das in der Globalisierungsdebatte häufig gebrauchte Argument, eine stärkere Lohnspreizung würde die Beschäftigungsprobleme der gering qualifizierten Arbeitskräfte lösen, erweist sich in dieser einfachen Form als wenig tragfähig. Die Tatsache, daß die kontinentaleuropäischen Länder nachfrageseitig ähnlichen weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Anpassungszwängen ausgesetzt waren, diese aber im Vergleich zu den USA und Großbritannien weder zu einer höheren Arbeitslosigkeit bei den gering Qualifizierten noch zu einer stärkeren Lohnspreizung geführt haben, lassen nur den Schluß zu, daß es in Kontinentaleuropa angebotsseitige Einflußfaktoren gegeben hat, die den Nachfragerückgang nach gering Qualifizierten kompensiert haben.

Die Rolle von Aus- und Weiterbildung

Auf lange Sicht ist die Reduzierung des Angebots an gering Qualifizierten durch Bildung und Ausbildung die am meisten erfolgversprechende Strategie, der gesunkenen Nachfrage nach gering Qualifizierten zu begegnen. Aus der Zunahme des Angebots an qualifizierten Kräften ergibt sich am Markt eine geringere Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Bei Aus- und Weiterbildung geht es zum einen darum, daß neu in den Arbeitsmarkt eintretende Arbeitskräfte eine Erstausbildung bekommen, die sie befähigt, den gestiegenen Qualifikationsanforderungen Rechnung zu tragen. Hier haben insbesondere diejenigen Länder, die über ein gut funktionierendes System der beruflichen Bildung verfügen, die besten institutionellen Voraussetzungen. Dieses sorgt dafür, daß es insgesamt nur relativ wenige ungelernte Arbeitskräfte gibt. Nach Angaben von Eurostat waren 1993 im Vereinigten Königreich 43 vH der Arbeitskräfte gering qualifiziert. In den Niederlanden waren es hingegen nur 16 vH, in Dänemark und in Deutschland gar nur 13 vH. Des weiteren muß in der Schule die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermittelt werden; sie muß zentrale Komponente der Schulbildung sein[11]. Niemand kann künftig noch erwarten, daß er seinen Beruf in der ursprünglich erlernten Art sein ganzes Leben lang ausüben kann. Lebenslanges Lernen der Arbeitnehmer ist folglich die zweite Komponente einer Strategie zur Reduzierung des Angebots an gering qualifizierten Arbeitskräften. Sie soll erreichen, daß sich Arbeitnehmer während ihres gesamten Berufslebens an die sich ändernden Qualifikationserfordernisse anpassen können. Staatlich geförderte Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen während der Arbeitslosigkeit sind ein Element dieser Strategie. Betriebliche Weiterbildung ist ein anderes. Wenn es gelingt, die Fähigkeiten und Kenntnisse der gering qualifizierten Arbeitskräfte an die steigenden Anforderungen der Arbeitswelt anzupassen und damit deren Produktivität entsprechend zu erhöhen, kann die Entstehung einer großen Zahl von arbeitenden Armen verhindert werden.

Fazit

Da Technologie und Innovationen nur von hochqualifizierten Menschen hervorgebracht werden, ist eine offensive Bildungs- und FuE-Politik nötig, um die Vorteile der Globalisierung langfristig zu sichern und in eine Steigerung der Realeinkommen umzuwandeln. Die Industrieländer können ihr hohes Lohnniveau nur aufrecht erhalten und weiter steigern, wenn sie ihre technologische Leistungsfähigkeit und ihren Bestand an Humankapital erhöhen. Eine Kürzung der staatlichen Ausgaben im Forschungs- und Bildungsbereich, die im wesentlichen Investitionen in die technologische Leistungsfähigkeit und in das Humankapital sind, ist daher die falsche Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil ein Teil des hohen Realeinkommens in den Industrieländern auf Innovationsrenten zurückzuführen ist, die verloren gehen, wenn sich das Innovationstempo im Vergleich zu den aufholenden Ländern verlangsamt.

Die Globalisierung bringt gesamtwirtschaftlich große Chancen mit sich, für gering qualifizierte Arbeitskräfte birgt sie aber auch Risiken. Diese sind jedoch beherrschbar, insbesondere durch eine entsprechende Bildungspolitik. Natürlich erfordert die Globalisierung Mobilität und Flexibilität des Einzelnen. Defensive Reaktionen sind unangemessen; sie führen zum oft befürchteten Wettrennen nach unten. Länder, die die Chancen der Globalisierung durch eine Erhöhung ihrer Bildungs- und FuE-Anstrengungen nutzen, beteiligen sich an einem anderen Wettrennen, dem Wettrennen nach oben.

---

[11] Vgl. OECD: Lifelong Learning for All, Paris, 1996.

Was bringt die Höherbewertung der Goldreserven?

Das Bundesfinanzministerium (BMF) plant, die Goldreserven der Bundesbank höher zu bewerten, den daraus erzielten Buchgewinn dafür zu nutzen, Altschulden des Erblastentilgungsfonds zu tilgen, das öffentliche Defizit 1997 auf diese Weise zu reduzieren[1] und darüber hinaus die Zinsbelastung des Bundeshaushaltes nachhaltig zu verringern. Wissenschaftler sowie die Vertreter der Oppositionsparteien, der Kreditinstitute und der Wirtschaft lehnen diesen Plan überwiegend ab. Soweit sie ihn nicht grundsätzlich verwerfen, beklagen sie die politisch-psychologischen Konsequenzen, die daraus entstünden, daß das BMF per Gesetz schon für 1997 eine Höherbewertung der Goldreserven erreichen will, die erst für die Zeit nach der Etablierung einer Europäischen Zentralbank vorgeschrieben ist: Als Anwärter auf die Teilnahme an einer Europäischen Währungsunion (EWU) gewinne die Bundesrepublik Deutschland nichts; denn eine durch „kreative Buchführung" geförderte Konsolidierung der Staatsfinanzen könne nicht als Beitrag zu der im Vertrag von Maastricht erstrebten „nachhaltigen" Konsolidierung interpretiert werden. Was bleibe, sei nur ein Schaden für Europa. Die deutsche Geld- und Finanzpolitik und letztlich auch die Europäische Zentralbank verlören an Glaubwürdigkeit.

Zudem bringen mehrere Kritiker des BMF-Plans — nicht allerdings der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank in seiner Stellungnahme vom 28. Mai — das Argument vor, durch die Ausschüttung von Buchgewinnen, also durch die Schaffung von Zentralbankgeld, werde ein Inflationspotential aufgebaut[2]. Mit dem Geldmengenziel für 1997 und 1998 ist eine Erhöhung des Zentralbankgeldbestandes — der Basis für die Schaffung der Geldmenge M3 — nur in der Größenordnung von 10 bis 15 Mrd. DM jährlich vereinbar. Je nach dem Grad der Höherbewertung der Goldreserven kann jedoch die Ausschüttung des Buchgewinns 20 bis 40 Mrd. DM ausmachen.

Die Inflationsbefürchtungen werden vom BMF heruntergespielt: Nach der Einführung der Europäischen Währungsunion müsse ein Teil (20 vH) der nationalen Währungsreserven auf die Europäische Zentralbank übertragen werden. Niemand bestreite, daß die für diesen Zeitpunkt vereinbarte Bewertung zu Marktpreisen vernünftig sei. Was aber morgen richtig sei, könne heute nicht falsch sein[3]. Bedenklich wäre es nur, die Buchgewinne zu Mehrausgaben für Güter und Dienste zu verwenden. Deshalb habe das BMF vorgeschlagen, die Buchgewinne inflationsneutral zur Tilgung von Altschulden zu nutzen[4].

Das Argument der Inflationsneutralität der Schuldentilgung ist insofern unzutreffend, als eine nicht von der Bundesbank kompensierte Schaffung von Zentralbankgeld nicht nur bei einer Verwendung für zusätzliche Staatsausgaben, sondern auch bei einer Schuldentilgung expansive Wirkungen hätte; denn die schlagartige Liquidisierung des Bankensystems würde umgehend zu einer drastischen Senkung der Geldmarktzinsen führen.

Hierzu würde es aber in Wirklichkeit gar nicht kommen. Denn die Bundesbank kann und wird eine solche Geldmengenerhöhung keinesfalls zulassen — ein Aspekt, der bei der Warnung vor einem Inflationspotential unterschlagen wird: Mit der Rückzahlung der Altschulden durch das BMF steigt die Liquidität der entsprechenden Gläubiger und damit auch die des Bankensystems. Diese Zuflüsse von Zentralbankgeld zu den Kreditinstituten können umgehend durch entsprechende Abflüsse absorbiert werden. Dies erreicht die Bundesbank dadurch, daß sie ihre Zentralbankkredite an die Kreditinstitute in Form von Wertpapierpensionsgeschäften reduziert. Auf diese Weise kann der Bestand an Zentralbankgeld trotz der Ausschüttung von Buchgewinnen auf dem gewünschten Niveau gehalten werden. Die Unabhängigkeit der Bundesbank bei der Erfüllung ihrer stabilitätspolitischen Aufgabe ist insofern nicht tangiert. Dies gilt auch für eine europäische Geldpolitik in einer Währungsunion; falls es dann zu einer Ausschüttung von Buchgewinnen käme, müßte dem Liquiditätseffekt entgegengewirkt werden.

Wenn aber die Bundesbank die Ausschüttung der Buchgewinne geldpolitisch neutralisiert, was bringt dann die Höherbewertung der Goldreserven für den Bundes-

---

[1]Das öffentliche Defizit wird hier gemäß der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgegrenzt, wie dies der Maastricht-Vertrag vorsieht. In der VGR sind Schuldentilgungen keine Ausgaben, sondern rein finanzielle Transaktionen, folglich sinkt zwar mit der Ausschüttung des Buchgewinns das öffentliche Defizit; offen ist aber, ob dies von den mit der Prüfung der Kriterien beauftragten Gremien als Konsolidierung im Sinne des Vertrages von Maastricht anerkannt wird.

[2]Rolf Peffekoven, Mitglied des Sachverständigenrates: „Bonn versucht kreative Buchführung". In: Der Tagesspiegel vom 28. Mai 1997. Christian Watrin: „Ein schlechtes Beispiel". In: Der Tagesspiegel vom 30. Mai 1997. Ähnlich äußerte sich in der ARD-Tagesschau vom 30. Mai 1997 der Präsident der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen.

[3]Bundesfinanzminister Theo Waigel im Spiegel-Gespräch „Eine Erblast tilgen". In: Der Spiegel 22/1997.

[4]Herbert Ehrenberg, ehemaliger Arbeitsminister, lehnt zwar „Schuldentilgung über Tricks" ab, plädiert aber dafür, die Buchgewinne der Bundesbank zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verwenden. In: Der Tagesspiegel vom 30. Mai 1997.

haushalt? Die Ausschüttung von Buchgewinnen 1997 würde den Schuldenstand und das laufende öffentliche Defizit dieses Jahres reduzieren. Doch eine nachhaltige Verringerung des Defizits wird nicht erreicht: Zwar sinken dank einer Verringerung der Altschulden die Ausgaben des Bundes für Zinsen in den folgenden Jahren, aber auch seine Einnahmen aus Bundesbankgewinnen werden — wenn auch mit bilanzpolitisch bedingter Verzögerung — schrumpfen. Denn die Bundesbank schränkt zur Liquiditätsabschöpfung ihre Zentralbankkredite an die Kreditinstitute entsprechend ein und erhält deswegen weniger Zinseinnahmen[5].

Fazit

Der Plan des BMF, Buchgewinne der Bundesbank zur Schuldentilgung zu nutzen, ist nicht nur politisch-psychologisch, sondern auch aus „rein" ökonomischen Gründen fragwürdig. Zwar würde seine Verwirklichung wegen kompensierender Maßnahmen der Bundesbank nicht zum Aufbau eines Inflationspotentials führen, aber sie würde auch nicht zu einer „nachhaltigen", sondern lediglich zu einer vorübergehenden Verringerung des öffentlichen Defizits beitragen. Verfehlt würde das Ziel des Plans, einen im Sinne des Vertrags von Maastricht überzeugenden Beitrag zur Erfüllung der finanzpolitischen Kriterien zu leisten.

---

[5]Wenn, wie derzeit, die Zentralbankkredite niedriger verzinst werden als die Altschulden, mag es zwar für den Bundeshaushalt einen leichten Vorteil geben; doch auf längere Sicht muß, wie die Erfahrung lehrt, auch mit Perioden einer inversen Zinsstruktur gerechnet werden, die diesen geringen Vorteil für den Bundeshaushalt aufzehren könnte.

Kaum noch Fortschritte bei der Integration junger Ausländer in das Bildungssystem

Beteiligung und Erfolg ausländischer Kinder und Jugendlicher an der Schule sowie in der beruflichen Ausbildung verbesserten sich in der Bundesrepublik Deutschland bis in die neunziger Jahre hinein in vielen Bereichen kontinuierlich; diese Entwicklung setzte sich nun aber nicht mehr fort. An den allgemeinbildenden Schulen zeigen sich kaum noch Fortschritte, und in der Berufsausbildung gibt es sogar Rückschritte. Diese Hemmnisse bei der Eingliederung und dem Erfolg ausländischer Schüler in der Schul- und Berufsausbildung sind wohl auch auf die veränderte nationale Zusammensetzung neu zugewanderter junger Ausländer, eine knappere personelle sowie sachliche Ausstattung der Schulen und auf Engpässe auf dem Lehrstellenmarkt zurückzuführen. Solide Schulausbildung und gute berufliche Qualifikation der Erwerbspersonen sind Voraussetzungen für eine leistungsfähige Volkswirtschaft. Daher müssen die Anstrengungen wieder verstärkt werden, junge Ausländer in Schule und Berufsausbildung zu integrieren[1].

Am Jahresende 1995 lebten über 1,4 Mill. ausländische Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis unter 20 Jahren in Deutschland, überwiegend wohnten sie in Westdeutschland[2]. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre erhöhte sich die Zahl junger Ausländer in der Bundesrepublik weiterhin deutlich, und zwar aus mehreren Gründen: Die Geburtenrate der ausländischen Wohnbevölkerung liegt nach wie vor über der der deutschen, außerdem wanderten junge Angehörige im Rahmen der Familienzusammenführung ein, und schließlich trugen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten und Asylbewerber zum Anstieg bei.

Beteiligung nach Alter...

Die Schulbesuchsquote[3] der ausländischen Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis unter 15 Jahren lag 1995 in der Bundesrepublik nur bei 84 vH (Tabelle 1). Die Quote ist nach wie vor merklich niedriger als die der gleichaltrigen deutschen Bevölkerung (95 vH)[4]. Der Abstand kann zum größeren Teil damit erklärt werden, daß junge Familienmitglieder von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern nicht schulpflichtig sind. In der Praxis wird dies in den Bundesländern jedoch verschieden ausgelegt, zumindest ist ein Schulbesuch auf Antrag möglich. Unterstützen die Länder nicht den Schulbesuch dieser Kinder, so weisen diese - im Falle einer späteren Aufenthaltserlaubnis - Bildungslücken auf, die ihnen die Eingliederung in Beruf und Gesellschaft erschweren. Auch im Falle der Rückkehr erleichtert ein schulisch ausgebildetes Kind die Wiedereingliederung. Zum geringeren Teil ist die niedrigere Schulbesuchsquote auch darauf zurückzuführen, daß im Rahmen des Zuzugs von Mitgliedern ausländischer Familien schulpflichtige Kinder einreisen, die in der Familie bleiben und nicht die Schule besuchen.

Die Schulbesuchsquote der Ausländer im Alter von 15 bis unter 20 Jahren war 1995 in der Bundesrepublik mit 60 vH ebenfalls erheblich niedriger als die der gleichaltrigen Deutschen (86 vH); sie verharrte etwa auf dem Niveau vom vorangegangenen Jahr[5]. Bei der Altersgruppe von 20 bis unter 25 Jahren war die Quote des Schulbesuchs der ausländischen Schüler in der Bundesrepublik mit 9 vH sogar nur halb so groß wie die der deutschen, vornehmlich weil junge Ausländer kaum berufliche Schulen besuchten.

Zwischen West- und Ostdeutschland gibt es beim Schulbesuch junger Ausländer weiterhin große Unterschiede. Von den Sechs- bis unter Fünfzehnjährigen wa-

---

[1] Ausgewertet wurden Beschäftigungs-, Bevölkerungs- und Bildungsstatistiken. Die Bildungsstatistiken informieren über ausländische Schüler und Lehrlinge weniger detailliert als über deutsche. Die Schülerzahl enthält nicht die Kinder in Schulkindergärten und Vorklassen. Beispielsweise gibt es immer noch keine Abschlußstatistik für ausländische Lehrlinge, keine Statistik der geschlechtsspezifischen Verteilung der ausländischen Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe und keine Angaben über das Alter ausländischer Schüler. Die entsprechenden Alters- und Verteilungsstrukturen wurden deshalb geschätzt. Vgl. zur Statistik: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeinbildende Schulen 1995/96 und Berufliche Bildung 1995; Reihen 1-3, Fachserie 11, Wiesbaden 1996; Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1996/97, Bonn 1997; Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1986 bis 1995, Dokumentation Nr. 138, Bonn 1996; Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Alter und Geburtsjahren 1995, Wiesbaden 1997, sowie Ergänzungstabellen zur ausländischen Bevölkerung (Diskette und hektographiert); Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 3, Nürnberg 1997.

[2] Vom Gebietsstand her wird Westberlin zu West- und Ostberlin zu Ostdeutschland gerechnet.

[3] Die Schulbesuchsquote stellt den an der gleichaltrigen Bevölkerung gemessenen Schulbesuch dar.

[4] Selbst in der Altersgruppe, in der Schulpflicht besteht, kann die Schulbesuchsquote nicht 100 vH erreichen, weil das durchschnittliche Einschulungsalter bei 6,7 Jahren liegt.

[5] Die Quote der deutschen Jugendlichen gleichen Alters ist allerdings sogar rückläufig, hauptsächlich infolge des Zuzugs deutscher Familien aus Osteuropa, die durch die Einwanderung vor den gleichen Problemen wie die ausländischen Familien stehen.

Tabelle 1

Deutsche und ausländische Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nach Altersgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1995

Im Alter von ... bis unter ... Jahren[1]	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt
	in 1000 Personen Schüler[2]								
6 - 15 Jahre	5 383,2	723,4	6 106,7	1 705,5	10,9	1 716,4	7 088,7	734,3	7 823,0
Allgemeinbildende Schulen	5 382,2	723,4	6 105,7	1 705,1	10,9	1 716,0	7 087,3	734,3	7 821,6
Berufliche Schulen	1,0		1,0	0,4		0,4	1,4		1,4
15 - 20 Jahre	2 465,5	320,0	2 785,5	858,5	3,2	861,7	3 324,0	323,3	3 647,3
Allgemeinbildende Schulen	1 321,8	151,9	1 473,7	477,7	2,1	479,8	1 799,5	154,0	1 953,5
Berufliche Schulen	1 143,7	168,1	1 311,8	380,8	1,1	381,9	1 524,5	169,3	1 693,8
20 - 25 Jahre	614,6	68,0	682,6	92,6	0,3	92,9	707,2	68,3	775,5
Allgemeinbildende Schulen	39,8	4,1	43,9	5,7	0,0	5,7	45,5	4,1	49,7
Berufliche Schulen	574,7	63,9	638,6	86,9	0,3	87,2	661,6	64,2	725,8
25 Jahre und älter	136,8	11,1	148,0	25,2	0,1	25,3	162,0	11,3	173,2
Allgemeinbildende Schulen	16,5	3,0	19,5	1,9	0,0	1,9	18,4	3,0	21,5
Berufliche Schulen	120,3	8,1	128,4	23,2	0,1	23,3	143,6	8,2	151,8
Alle Schüler	8 600,1	1 122,6	9 722,7	2 681,7	14,6	2 696,3	11 281,8	1 137,2	12 419,0
Allgemeinbildende Schulen	6 760,3	882,5	7 642,8	2 190,4	13,1	2 203,5	8 950,7	895,5	9 846,2
Berufliche Schulen	1 839,8	240,2	2 079,9	491,3	1,5	492,8	2 331,1	241,7	2 572,8
	Bevölkerung								
6 - 15 Jahre	5 601,7	861,0	6 462,7	1 772,2	18,6	1 790,8	7 373,9	879,6	8 253,5
15 - 20 Jahre	2 832,4	524,2	3 356,6	1 021,7	11,9	1 033,6	3 854,1	536,1	4 390,2
20 - 25 Jahre	3 237,4	759,8	3 997,2	742,4	27,1	769,5	3 979,8	786,9	4 766,7
	Schulbesuchsquote in vH								
6 - 15 Jahre	96,1	84,0	94,5	96,2	58,6	95,8	96,1	83,5	94,8
Allgemeinbildende Schulen	96,1	84,0	94,5	96,2	58,6	95,8	96,1	83,5	94,8
15 - 20 Jahre	87,0	61,1	83,0	84,0	27,3	83,4	86,2	60,3	83,1
Allgemeinbildende Schulen	46,7	29,0	43,9	46,8	14,1	46,4	46,7	28,7	44,5
Berufliche Schulen	41,0	32,1	39,1	37,3	9,7	37,0	39,6	31,6	38,6
20 - 25 Jahre	19,0	9,0	17,1	12,5	1,0	12,1	17,8	8,7	16,3
Allgemeinbildende Schulen	1,1	0,5	1,1	0,8	0,2	0,7	1,1	0,5	1,0
Berufliche Schulen	17,8	8,4	16,0	11,7	1,0	11,3	16,6	8,2	15,2

[1] Schüler und Bevölkerung am Jahresende. — [2] Die Altersstruktur der ausländischen Schüler wurde geschätzt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

ren zuletzt in den alten Ländern immerhin 84 vH eingeschult, in den neuen Ländern dagegen erst 59 vH. Doch hatte sich hier die Quote gegenüber dem vorherigen Jahr deutlich erhöht. In den anderen Altersgruppen war der Abstand zwischen beiden Landesteilen noch größer.

Die Gesamtzahl ausländischer Schüler ist jedoch in den neuen Ländern klein. Die geringeren Werte beim Schulbesuch ausländischer Kinder und Jugendlicher in Ostdeutschland sind bei kleiner Ausländerquote auch auf einen höheren Anteil an Flüchtlingen aus Kriegsgebieten und Asylbewerbern zurückzuführen. Außerdem sind mehr Jugendliche aus ost- und südosteuropäischen Staaten zugezogen, die eine Beschäftigung einer Ausbildung vorziehen.

In den alten Ländern hatte sich der Unterschied beim Schulbesuch von Deutschen und Nicht-Deutschen über zwanzig Jahre ständig verringert. Der Prozeß des Aufholens schwächte sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre jedoch merklich ab und kam schließlich zum Stillstand. Während früher die entspannte Lage auf dem Lehrstellenmarkt den Aufholprozeß beschleunigte, scheinen sich die hier größer werdenden Engpässe auf die Ausländerintegration nachteilig auszuwirken. Dennoch haben ausländische Jugendliche offenbar erkannt, daß

eine gute berufliche Ausbildung notwendig ist. Indikator dafür ist die ständig gestiegene Zahl der ausländischen Ratsuchenden bei der Arbeitsverwaltung[6].

... und Nationalität

Nahezu drei Viertel der ausländischen Schüler in Deutschland 1995 waren Kinder von Arbeitnehmern und Selbständigen aus den ehemaligen sechs Anwerbestaaten[7], aus denen die meisten Arbeitskräfte mit ihren Familienangehörigen zuzogen. Von den Kindern und Jugendlichen aus den Anwerbestaaten zählen nur die aus der Türkei und die aus dem früheren Jugoslawien nicht zu den EU-Inländern[8]. Gegenüber dem Vorjahr stieg hauptsächlich die Zahl der Schüler aus diesen beiden Ländern: Von den zusätzlichen 28 000 Schülern kamen 6 000 aus EU-Staaten, jedoch 8 600 aus der Türkei und 13 000 aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Bei den Jugendlichen aus den sechs Anwerbeländern lag die alterstypische Schulbesuchsquote der Auszubildenden und der Schüler an gymnasialen Oberstufen jeweils erheblich niedriger als die gleichaltriger junger Deutscher. Die Berufsfachschulen, die auch ein Ersatz für fehlende Lehrstellen sind, besuchten dagegen junge

[6] Im Beratungsjahr 1995/1996 infomierten sich über 220 000 ausländische Jugendliche bei den Arbeitsämtern über Berufsausbildung und Berufstätigkeit. Außerdem lag der Anteil ausländischer Bewerber an allen Bewerbern um eine Lehrstelle mit 16 vH deutlich über ihrem Anteil an den Abgängern allgemeinbildender Schulen. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung 1995/96, Nürnberg 1997, S. 20 ff.

[7] Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, das frühere Jugoslawien und die Türkei. Die ersten vier Länder gehören zu den EU-Staaten.

[8] Von allen ausländischen Schülern allgemeinbildender und beruflicher Schulen kamen 1995 fast 42 vH aus der Türkei und knapp 18 vH aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Tabelle 2

Ausländische Jugendliche in der Lehre und an der Berufsfachschule sowie an den Oberstufen des Gymnasiums und der Gesamtschule nach Staatsangehörigkeit und Anteil an der alterstypischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1995

Land der Staatsangehörigkeit	Auszubildende	Berufsfachschüler	Oberstufe		Insgesamt	Anteil ausländischer Auszubildender und Schüler bezogen auf die 16- bis unter 20jährigen				
			Gymnasium	Gesamtschule		Auszubildende	Berufsfachschüler	Oberstufe		Insgesamt
								Gymnasium	Gesamtschule	
	in Personen					in vH				
EU-Länder										
dar.:										
Italien	10 675	3 361	1 241	324	15 600	34,0	10,7	4,0	1,0	49,7
Griechenland	5 677	1 734	1 145	161	8 717	26,9	8,2	5,4	0,8	41,3
Spanien	2 405	974	483	66	3 928	38,4	15,6	7,7	1,0	62,7
Portugal	1 866	775	372	58	3 071	28,0	11,6	5,6	0,9	46,1
Österreich	1 453	323	735	14	2 525	36,7	8,2	18,6	0,4	63,8
Zusammen	24 348	7 959	5 432	716	38 455	32,3	10,6	7,2	1,0	51,0
Übriges Europa										
dar.:										
Türkei	51 385	15 279	6 541	2 770	75 975	31,4	9,3	4,0	1,7	46,4
Jugoslawien[1)]	22 540	6 459	3 622	610	33 231	24,4	7,0	3,9	0,7	36,0
Polen	1 461	692	913	116	3 183	12,6	6,0	7,9	1,0	27,4
Zusammen	77 517	23 910	13 261	3 654	118 342	26,3	8,1	4,5	1,2	40,2
Sonstige	19 447	5 037	5 693	1 097	31 274	30,2	7,8	8,8	1,7	48,6
Insgesamt	121 312	36 906	24 385	5 467	188 071	28,0	8,5	5,6	1,3	43,3
Nachrichtlich:										
Deutschland	1 458 027	269 775	594 092	41 190	2 363 084	48,1	8,9	19,6	1,4	77,9

[1)] Ehemaliges Staatsgebiet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Italiener, Griechen, Spanier und Türken relativ mehr als deutsche Jugendliche; bei den Oberstufen der Gesamtschulen traf dies für junge Türken zu (Tabelle 2). An allen vier genannten Bildungseinrichtungen war gegenüber dem Jahr davor nur die alterstypische Beteiligungsquote junger Spanier gestiegen, während bei den Jugendlichen der übrigen Nationen die Quote an den Berufsfachschulen und an den Oberstufen der Gesamtschulen gestiegen und die bei der Lehrlingsausbildung gefallen war.

Im Jahr 1995 betrug die altersspezifische Schulbesuchsquote der ausländischen Schüler aus EU-Ländern an den vier Bildungseinrichtungen im Durchschnitt 51 vH. Der geringfügige Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist jedoch hauptsächlich ein statistischer Effekt, der auf die neuen Mitglieder der Staatengemeinschaft zurückzuführen ist.

Beim Vergleich der durchschnittlichen Beteiligungsquoten der ausländischen Schüler aus EU-Staaten, aus den übrigen europäischen und aus den außereuropäischen Staaten tritt nur an Berufsfachschulen ein Gefälle zu Lasten der außereuropäischen Länder auf. In der Lehrausbildung dagegen erreichten Jugendliche aus außereuropäischen Ländern fast die Quote der aus EU-Staaten, an den Oberstufen der Gymnasien und Gesamtschulen übertrafen sie die EU-Quote sogar. Die vergleichsweise geringe alterstypische Beteiligung der Jugendlichen aus den übrigen europäischen Ländern — abgesehen von den noch relativ hohen Quoten junger Türken — ist auf die Schüler aus den ost- und südosteuropäischen Staaten zurückzuführen.

Nach der Nationalität differierte die alterstypische Schulbesuchsquote bei Auszubildenden und an gymnasialen Oberstufen stärker als an gesamtschulischen Oberstufen und an Berufsfachschulen. Offensichtlich gibt es hier bei einigen ethnischen Gruppen Zugangsbarrieren, die sprachlich bedingt, durch bildungsferne Einstellungen in den Familien verursacht und durch fehlende Informationen ausgelöst sein können.

Tabelle 3

Deutsche und ausländische Schüler nach Schularten in Westdeutschland

	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	1991	1993	1995	1991	1993	1995	1991	1993	1995
	in 1000 Personen								
Allgemeinbildende Schulen	6 918,6	7 231,4	7 642,7	6 130,5	6 392,8	6 760,3	788,1	838,6	882,4
Berufliche Schulen	2 223,4	2 144,7	2 079,8	2 019,9	1 906,6	1 839,7	203,5	238,1	240,1
Alle Schüler	9 142,0	9 376,1	9 722,6	8 150,4	8 299,4	8 600,1	991,6	1 076,7	1 122,5
	in vH								
	Ausländeranteil			Struktur					
Allgemeinbildende Schulen	11,4	11,6	11,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:									
Grund- und Hauptschulen[1]	14,0	14,4	14,2	53,9	53,2	53,5	68,4	68,0	68,1
Sonderschulen	17,9	18,6	19,2	3,5	3,5	3,5	5,9	6,1	6,3
Realschulen	8,2	8,0	7,7	13,1	13,4	13,6	9,1	8,9	8,6
Gesamtschulen	16,2	16,5	15,8	3,7	4,2	4,6	5,5	6,3	6,6
Freie Waldorfschulen	2,0	2,2	2,2	0,8	0,9	0,9	0,1	0,1	0,1
Gymnasien	5,1	5,1	5,0	24,3	24,2	23,6	10,2	9,9	9,5
Abendschulen und Kollegs	11,9	12,4	16,5	0,7	0,5	0,5	0,7	0,6	0,7
Berufliche Schulen	9,2	11,1	11,6	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:									
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	19,8	19,8	18,7	4,4	5,2	5,9	10,7	10,3	10,5
Berufsschulen	9,0	11,2	11,5	64,0	60,5	57,8	63,0	61,0	58,8
Berufsfachschulen	12,1	12,7	13,8	10,1	11,7	12,5	13,9	13,6	15,3
Kollegschulen[2]	11,0	15,8	16,4	3,4	3,8	4,1	4,1	5,7	6,2
Berufsober- u. Fachoberschulen[3]	6,1	7,6	8,5	7,0	7,0	7,1	4,6	4,6	5,1
Fachschulen	2,3	2,9	3,6	5,8	6,6	6,8	1,3	1,6	1,9
Schulen des Gesundheitswesens	4,5	7,2	7,7	5,3	5,4	5,8	2,5	3,3	3,7

[1] Einschließlich schulartunabhängige Orientierungsstufen und integrierte Klassen für Haupt- und Realschüler. — [2] Einschließlich Fach- und Berufsakademien. — [3] Einschließlich Fachgymnasien, technische Oberschulen und Berufsaufbauschulen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.

Allgemeinbildende Schulen

Die Zahl ausländischer Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in Westdeutschland hat sich auch noch 1995 um fast 25 000 auf rund 880 000 erhöht[9]. Der Ausländeranteil, der 1970 erst bei 2 vH lag, blieb mit gut 11 vH nahezu unverändert. In Ostdeutschland besuchten rund 13 000 ausländische Schüler allgemeinbildende Schulen (0,6 vH). Da die Zahl ausländischer Schüler hier kaum von Bedeutung ist, beschränkt sich die Untersuchung im folgenden hauptsächlich auf Westdeutschland.

Ausländische Kinder und Jugendliche lernten auch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre relativ häufiger als deutsche an Grund- und Hauptschulen sowie an Sonderschulen (Tabelle 3). Der Ausländeranteil war deshalb an diesen Schulen überdurchschnittlich hoch und stieg an den Sonderschulen bis zuletzt weiter.

Der weit überwiegende Teil der ausländischen Kinder und Jugendlichen, die in der Bundesrepublik Schulen besuchen, sind hier geboren und wurden regulär eingeschult. Verhaltens- und Sprachschwierigkeiten halten sich hier in Grenzen. Dies sowie eine verstärkte Förderung führte zu besseren sprachlichen und fachlichen Kenntnissen. Mit längerer Aufenthaltsdauer gab es zudem mehr Informationen über das inländische Schulsystem. Dies alles trug dazu bei, daß mehr ausländische Schüler weiterführende Bildungswege wählten. So besuchten sie auch in geringerem Ausmaß als früher die Hauptschulen. Größer sind die Probleme der schulischen Integration für ausländische „Einsteiger", die später zugezogen sind und mit geringeren oder nicht ausreichenden schulischen Vorkenntnissen und Sprachfertigkeiten eingeschult werden.

An den Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien lernte ein Viertel der ausländischen Schüler, bei den deutschen waren es jedoch mehr als zwei Fünftel (42 vH). Die Ausländeranteile an Realschulen und an Gymnasien lagen nicht nur weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt, sie waren zudem leicht rückläufig. Die Gesamtschulen sowie die vergleichbaren Abendschulen und die Kollegs haben Ausländeranteile, die noch deutlich über dem Durchschnitt liegen. Diese Schularten tragen somit weiterhin wesentlich zur Eingliederung junger Ausländer bei.

Im Jahre 1995 stagnierte die Entwicklung zu höheren Abschlüssen an den allgemeinbildenden Schulen bei ausländischen — aber auch bei deutschen — Jugendlichen. Das Gefälle zu Lasten der ausländischen Schüler bei der Abschlußart blieb somit weitgehend erhalten (Tabelle 4). Mit knapp einem Fünftel der Schulabgänger verließen zwar etwas weniger ausländische Schüler als im Jahr zuvor allgemeinbildende Schulen ohne Abschluß, der Anteil war aber weiterhin dreimal so groß wie bei deutschen Abgängern. Von den ausländischen Schulabsolventen erreichte über die Hälfte nur einen Hauptschulabschluß, ein Drittel einen mittleren Abschluß und knapp 12 vH die Hochschulreife[10]. Es bleibt ein großer Abstand zu deutschen Schülern bestehen, bei denen gut sechs Zehntel auf weiterführende Schulabschlüsse entfielen[11].

Tabelle 4

Abschlüsse von deutschen und ausländischen Schülern an allgemeinbildenden Schulen 1995 in Westdeutschland

Abschlußart	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil
	in 1000 Personen		in vH
Mit Abschluß	541,4	65,5	10,8
davon:			
Hauptschulabschluß	167,8	35,9	17,6
Mittlerer Abschluß	218,3	21,9	9,1
Hochschulreife	155,3	7,8	4,8
Ohne Hauptschulabschluß[1)]	38,6	16,0	29,3
Insgesamt	580,0	81,5	12,3

[1)] Einschließlich Schulentlassene aus der Sonderschule.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.

Berufliche Schulen einschließlich duale Ausbildung

An den beruflichen Schulen in Westdeutschland[12] übertraf der Ausländeranteil 1995 erstmalig den entsprechenden Anteil an den allgemeinbildenden Schulen. Er erhöhte sich an den beruflichen Schulen seit Anfang der siebziger Jahre von rund 1 vH auf fast 12 vH (Tabelle 3); zuletzt flachte der Anstieg ab. Der Rückgang bei den Schülerzahlen wird aber nur von kurzer Dauer sein, in der

[9] Die Schüler wurden vorwiegend im September und Oktober 1995 gezählt. Die Zahlen gelten für das Schuljahr 1995/1996.

[10] Besser war der Schulerfolg junger Ausländer in Ostdeutschland (bei insgesamt noch geringer Absolventenzahl): 45 vH erreichten einen Hauptschulabschluß, 37 vH einen mittleren Abschluß und 18 vH das Abitur. Allerdings ist hier der Anteil derjenigen größer, die von den Schulen ohne Hauptschulabschluß abgehen (26 vH).

[11] Die geringsten Anteile an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß hatte Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Hamburg und Brandenburg. In Sachsen ist die Quote — bezogen auf die neuen Länder — ebenfalls niedrig. In diesen Ländern bestehen integrierte Schularten: Gesamtschulen oder integrierte Haupt- und Realschulklassen. Auch die ausländischen Schüler schneiden in den Ländern am besten ab, in denen es integrierte Schulsysteme gibt. Es besteht somit die begründete Vermutung, daß integrierte Schularten besonders zum Schulerfolg beitragen, indem die drop-out-Quote gesenkt wird. Vgl. hierzu auch: Schulabschluß aus integrierten Schulsystemen. In: ZUMA (Hrsg.): Informationsdienst soziale Indikatoren, Ausgabe 17, Mannheim 1997, S. 5 ff.

[12] In Ostdeutschland gab es an den beruflichen Schulen nur rund 1 100 ausländische Schüler, in einer Lehre befanden sich etwa 600 ausländische Jugendliche. Deshalb wird auch hier überwiegend nur die Situation in Westdeutschland analysiert.

zweiten Hälfte der neunziger Jahre werden die Zahlen der ausländischen und der deutschen Schüler dort deutlich steigen.

Die meisten ausländischen Schüler nahmen 1995 am Unterricht an Schulen teil, an denen hauptsächlich eine berufliche Ausbildung[13] allein oder in Zusammenarbeit mit Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten angeboten wird. Beim Besuch dieser Einrichtungen hatten die jungen Ausländer anteilig mit 86 vH nahezu die jungen Deutschen erreicht (87 vH). Demgegenüber bereiteten sich mit fast 11 vH noch relativ viele ausländische Jugendliche an Schulen und Werkstätten in einem Berufsvorbereitungs- oder Berufsgrundbildungsjahr erst auf eine berufliche Ausbildung vor; anteilig waren es nur halb so viele deutsche.

Ausländische Jugendliche besuchten 1995 die Berufsschulen nahezu im gleichen Ausmaß wie deutsche Jugendliche; relativ stärker vertreten waren sie an den Berufsfach- und an den Kollegschulen, schwächer dagegen an den Fachschulen und den Schulen des Gesundheitswesens. Beim Schulbesuch hatten junge Ausländer in vielen Schularten früher stark aufgeholt. Zuletzt verzögerte sich diese Entwicklung überall; bei den Einrichtungen des Berufsvorbereitungs- sowie des Berufsgrundbildungsjahres und an Berufsschulen kehrte sie sich sogar um. Die verringerte Bedeutung der Berufsschule bei der beruflichen Ausbildung zeigt sich nicht nur in der Abnahme der Zahl ausländischer, sondern auch in der deutscher Schüler. Stattdessen befinden sich wieder mehr Personen nur in einer berufsvorbereitenden Ausbildung oder versuchen hauptsächlich an Berufsfach-, aber auch an Kollegschulen zumindest eine vollschulische Berufsausbildung zu absolvieren. Außerdem werden mit den Berufsober- und Fachoberschulen sowie vergleichbaren beruflichen Schulen wieder vermehrt Einrichtungen besucht, an denen schulische Abschlüsse im Rahmen einer nur berufsorientierten Ausbildung erzielt werden können.[14]

Noch ist der größere Teil der Schüler beruflicher Schulen gleichzeitig Lehrling im dualen System der Berufsausbildung: Von den deutschen Schülern waren es 1995 gut drei Fünftel, von den ausländischen aber nur noch reichlich die Hälfte. Von 1993 bis 1995 verringerte sich auch die Zahl der ausländischen Auszubildenden, bei den deutschen trat diese Entwicklung bereits vorher ein. Im genannten Zeitabschnitt war die Abnahme bei den ausländischen Lehrlingen jedoch relativ größer. Bezogen auf die relevanten Altersgruppen der jeweiligen Bevölkerung sank aber bei jungen Deutschen die Beteiligung an der Lehre stärker als bei jungen Ausländern. Gleichwohl war die Differenz mit 48 vH bei deutschen und 28 vH bei ausländischen Auszubildenden auch zuletzt noch beachtlich. Weiterhin besuchten überdurchschnittlich viele ausländische Schüler, die arbeitslos oder ohne Lehrvertrag erwerbstätig waren, die Berufsschulen.

Die geringe Beteiligung ausländischer Jugendlicher an einer Lehre hat mehrere Ursachen, die sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite auf dem Ausbildungsmarkt betreffen. Für einen Lehrvertrag ist rechtlich zwar kein Schulabschluß vorgeschrieben, doch ist die Aufnahme einer Ausbildung nicht nur von einem Abschluß, sondern auch von dessen Qualität abhängig. Somit wirkt sich der geringere Erfolg bei den allgemeinbildenden Schulabschlüssen auch bei der Suche nach einer Lehrstelle negativ aus. Von Engpässen beim Angebot an Ausbildungsplätzen sind ausländische Bewerber mehr als deutsche betroffen, ihr ohnehin begrenztes Berufswahlspektrum wird dadurch zusätzlich eingeengt. Es gibt vereinzelt aber auch Vorbehalte bei den Anbietern von Ausbildungsplätzen gegenüber jungen Ausländern.

Ausländische Lehrlinge brechen häufiger als deutsche eine Lehre ab und nehmen ohne Ausbildung eine Beschäftigung an. Sie entscheiden sich für das mittelfristig höhere Einkommen und legen wenig Wert auf eine berufliche Qualifizierung. Auch ziehen sie schulische berufliche Ausbildungsgänge gegenüber einer Lehre vor, weil es diese Ausbildungsform im Heimatland nicht gibt.

Es gibt aber auch andere Motive bei der Berufswahl. Die ausländischen Jugendlichen entscheiden sich für einen bestimmten Beruf unter Berücksichtigung der Lebensplanung und Heimatorientierung der Eltern, d.h. die Berufswahl gilt weniger der persönlichen Selbständigkeit, sondern soll der Familie Nutzen bringen. Zum Teil sind die Eltern aufstiegs- und bildungsorientiert und wünschen sich, daß ihre Kinder später anspruchsvolle, nicht selten akademische Berufe ausüben. Dabei schätzen sie die vorhandenen Bildungsvoraussetzungen ihrer Kinder manchmal nicht realistisch ein[15].

---

[13] An den Berufsfachschulen werden neben einer vollen beruflichen Ausbildung auch allgemeine Schulabschlüsse und berufliche Grundbildung angeboten. Da Angaben zu ausländischen Schülern fehlen, werden vereinfachend alle Schüler dieser Schulart zu den Schülern in beruflicher Ausbildung gezählt. Das geschieht auch mit den Fachschülern, obwohl an Fachschulen neben einer beruflichen Erstausbildung vor allem berufliche Weiterbildung stattfindet.

[14] Eine Verlagerung bei der beruflichen Ausbildung von der Lehre hin zu vollschulischen beruflichen Ausbildungsgängen bringt nicht nur für die Schüler größere Risiken, beispielsweise beim späteren Übergang in eine qualifikationsgerechte Beschäftigung, sondern belastet auch den öffentlichen Sektor zusätzlich mit den Aufwendungen für den berufspraktischen Teil der Ausbildung, der andernfalls in den meisten Fällen von der Wirtschaft zu tragen wäre. Gehen viele Schüler infolge fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze in mehrjährige vollschulische berufliche Ausbildungsgänge, dann wird dies den öffentlichen Sektor zusätzlich erheblich belasten. Bei einem insgesamt begrenzten Schulbudget müßten diese Mittel aus anderen Schulbereichen umgeschichtet werden. Vgl. zu den Ausgaben für die Lehrlingsausbildung: Bildungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland von 1992 bis 1995. Bearb.: Wolfgang Jeschek. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/97, S. 153 f.

[15] Vgl. hierzu auch: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung 1995/96, a.a.O., S. 21, und Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 15, Berlin und Bonn 1994.

Tabelle 5

Deutsche und ausländische Auszubildende 1995 nach Ausbildungsbereichen in Westdeutschland[1]

Ausbildungsbereich	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil
	in 1000 Personen		in vH
Industrie u.Handel	511,8	49,2	8,8
Handwerk	414,2	55,7	11,8
Landwirtschaft	23,0	0,6	2,4
Öffentlicher Dienst	42,3	1,7	3,9
Freie Berufe	129,4	13,7	9,6
Hauswirtschaft	7,9	0,4	5,3
Seeschiffahrt	0,3	0,0	1,0
Insgesamt	1 128,9	121,3	9,7

[1] Einschließlich Ostberlin.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Ausbildungsverhältnisse nach Wirtschafts- und Berufsgruppen

In Westdeutschland wurden ausländische Lehrlinge auch 1995 hauptsächlich im Handwerk sowie in der Industrie und im Handel ausgebildet (Tabelle 5). Gegenüber dem Jahr zuvor verringerte sich die Zahl ausländischer Auszubildender in diesen Bereichen und im öffentlichen Dienst aber beträchtlich. Da bei den freien Berufen und in der Landwirtschaft die Zahl der Lehrverträge nur geringfügig zunahm, wurde der Verlust in den anderen Bereichen nicht ausgeglichen. Im Handwerk lag der Ausländeranteil weiterhin über dem Durchschnitt, bei den freien Berufen kam er nahe heran.

Nach Wirtschaftszweigen betrachtet wurden im Jahre 1996 33 vH der ausländischen Auszubildenden im Bereich sonstige Dienstleistungen, 30 vH im verarbeitenden Gewerbe, 14 vH im Handel und 13 vH im Baugewerbe beschäftigt[16]. Lediglich 11 vH kamen auf die übrigen Wirtschaftsbereiche, bei deutschen Lehrlingen dagegen knapp 17 vH (Tabelle 6). Gegenüber dem Vorjahr befanden sich anteilig mehr ausländische Jugendliche im Bereich sonstige Dienstleistungen und im Baugewerbe in Ausbildung, weniger im verarbeitenden Gewerbe und im Handel. In den neunziger Jahren hatten sich auch immer mehr ausländische Auszubildende auf die Dienstleistungsbereiche konzentriert; diese Entwicklung kam jedoch bei deutschen und ausländischen Lehrlingen 1996 weitgehend zum Stillstand, so daß weiterhin mit 56 vH relativ weniger junge Ausländer als Deutsche in der Dienstleistungswirtschaft ausgebildet wurden (59 vH).

Auch der Anteil ausländischer Lehrlinge insgesamt, der bis 1994 in Westdeutschland auf fast 10 vH gestiegen war, sank danach wieder und lag Mitte 1996 bei 9 vH. Zuletzt waren bei Reinigung und Körperpflege, im Straßenfahrzeugbau und im Stahlbau die meisten, im Kredit- und Versicherungsgewerbe, in der Land- und

Tabelle 6

Deutsche und ausländische Beschäftigte in beruflicher Ausbildung nach Wirtschaftsgruppen in Westdeutschland[1]

Wirtschaftsgruppe	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil	
	1996		1994	1996
	Struktur in vH		in vH	
Land- und Forstwirtschaft	1,6	0,6	4,0	3,5
Energie, Bergbau	1,1	0,9	8,7	7,9
Verarbeitendes Gewerbe	28,0	29,8	10,5	9,9
davon:				
Chemie und Kunststoff	2,0	2,2	9,7	10,1
Stahl- und Metallbau	2,4	3,2	12,7	11,9
Maschinenbau	3,0	3,0	9,7	9,4
Straßenfahrzeugbau	5,3	8,2	14,9	13,7
Elektrotechnik, EDV	2,7	2,5	9,3	8,7
Nahrungs- und Genußmittel	3,1	2,6	6,9	8,1
Übrige	9,5	8,1	9,8	8,1
Baugewerbe	10,8	12,6	11,5	10,8
Handel	12,6	13,8	10,8	10,1
Verkehr u. Nachrichtenüberm.	3,1	3,4	9,3	10,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4,5	1,4	3,4	3,1
Sonstige Dienstleistungen	32,1	32,8	10,1	9,5
davon:				
Gaststätten und Beherbergung	3,3	3,2	8,9	9,0
Reinigung, Körperpflege	2,3	6,5	22,4	22,3
Wissensch., Publizistik	4,7	4,6	9,3	9,2
Gesundheits-, Veterinärwesen	13,2	13,3	10,1	9,3
Übrige	8,6	5,3	6,4	6,0
Organisationen o. Erwerbszweck	2,2	2,9	12,3	11,7
Gebietskörperschaften	4,0	1,9	4,4	4,6
Ohne Angaben	0,0	0,0	17,2	17,6
Insgesamt	100,0	100,0	9,8	9,3

[1] Jahresmitte; Auszubildende und andere Beschäftigte in beruflicher Ausbildung, einschließlich Praktikanten und Volontäre.
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

[16] Die Verteilung der Auszubildenden auf die Wirtschaftszweige erfolgt nach der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in beruflicher Ausbildung, die mit derjenigen der Lehrlinge nach dem Berufsausbildungsgesetz nicht voll kompatibel ist. Außer fast allen Lehrlingen enthält sie noch eine kleine Zahl anderer Beschäftigter in beruflicher Ausbildung, so Praktikanten und Volontäre. Die Zahl der ausländischen Auszubildenden wird etwas unterzeichnet. Die Statistik wird nur für Westdeutschland veröffentlicht. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, a.a.O., S. 454 f.

Tabelle 7

Deutsche und ausländische Auszubildende nach Berufsgruppen und Geschlecht in der Bundesrepublik Deutschland 1995[1)]

Berufsbereiche/ Berufsgruppen	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil
	in Personen		in vH	in vH			in vH		
Hersteller von Naturprodukten	37 967	787	2,0	2,4	0,5	1,8	2,9	0,9	2,3
davon:									
Land- u. forstwirtsch. Berufe	11 245	340	2,9	1,0	0,2	1,5	0,4	0,5	7,5
Gartenbauberufe	26 211	270	1,0	1,4	0,1	0,8	2,4	0,4	1,2
Bergleute und verw. Berufe	511	177	25,7	0,0	0,2	25,7	0,0	0,0	0,0
Fertigungsberufe	715 898	68 262	8,7	74,9	83,5	9,0	10,6	7,4	5,0
davon:									
Steinbearb., Baustoffherst.	2 959	133	4,3	0,3	0,2	4,4	0,0	0,0	3,6
Keramiker, Glasmacher	1 276	97	7,1	0,0	0,0	9,1	0,1	0,0	4,7
Chemie- und Kunststoffberufe	6 782	1 172	14,7	0,7	1,4	15,5	0,2	0,2	9,2
Papierhersteller, -verarbeiter	1 057	152	12,6	0,1	0,2	12,6	0,0	0,0	12,6
Drucker	9 664	527	5,2	0,7	0,5	5,6	0,6	0,3	4,3
Metallerzeuger, -bearbeiter	11 419	2 688	19,1	1,3	3,4	19,3	0,0	0,2	13,4
Schlosser, Mechaniker u. verw. B.	276 504	35 206	11,3	29,5	44,1	11,8	3,3	2,1	4,5
Elektroberufe	123 524	10 413	7,8	13,8	13,2	7,9	0,6	0,3	3,5
Textil- u. Bekleidungsberufe	6 961	1 646	19,1	0,2	0,7	22,2	0,9	2,6	18,0
Ernährungsberufe	54 089	2 897	5,1	4,3	3,2	6,3	2,8	0,9	2,3
Bauberufe	72 548	4 320	5,6	8,3	5,5	5,6	0,0	0,0	1,6
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	57 168	3 121	5,2	6,2	3,9	5,4	0,5	0,1	2,0
Holzbearbeiter	49 676	1 485	2,9	5,3	1,8	3,0	0,7	0,1	1,6
Maler, Lackierer u. verw. Berufe	39 629	4 248	9,7	4,1	5,2	10,3	0,7	0,4	4,0
Warenprüfer und andere Berufe	2 642	157	5,6	0,3	0,2	6,0	0,0	0,0	2,8
Technische Berufe	37 178	1 673	4,3	2,0	1,3	5,6	3,3	1,5	3,2
davon:									
Techniker, techn. Sonderfachkräfte	12 594	444	3,4	0,7	0,4	5,0	1,1	0,2	1,7
Technische Zeichner	24 584	1 229	4,8	1,3	0,9	5,8	2,3	1,2	3,8
Dienstleistungsberufe	666 984	50 590	7,1	20,6	14,7	5,9	83,2	90,2	7,5
davon:									
Warenkaufleute	159 653	13 805	8,0	6,5	6,6	8,4	17,6	19,9	7,7
Dienstleistungskauf. u. ähnl. Berufe	92 869	3 384	3,5	4,8	1,9	3,4	8,8	4,4	3,6
Verkehrsberufe	9 264	480	4,9	0,7	0,4	4,9	0,6	0,4	4,9
Büro-, Organis.- u. Verwaltungsb.	224 178	11 474	4,9	6,7	4,1	0,0	28,4	19,0	4,7
Dienst- u. Wachberufe	3 829	44	1,1	0,4	0,0	1,1	0,1	0,0	1,1
Publizisten, künstl. u. zug. Berufe	6 744	276	3,9	0,2	0,1	3,9	0,8	0,4	3,9
Ärztliche Assistenzberufe	85 026	10 119	10,6	0,0	0,0	10,3	14,5	23,3	10,6
Körperpfleger	31 897	8 258	20,6	0,2	0,5	15,6	5,1	18,1	20,9
Gästebetreuer	37 500	2 086	5,3	0,9	0,7	7,1	5,1	3,5	4,8
Hauswirtschaftliche Berufe	12 608	477	3,6	0,0	0,0	7,4	2,1	1,0	3,5
Reinigungsberufe	3 416	187	5,2	0,3	0,2	5,2	0,1	0,1	5,2
Insgesamt	1 458 027	121 312	7,7	100,0	100,0	8,2	100,0	100,0	6,9

[1)] Geschlechtsspezifische Verteilung der deutschen und ausländischen Auszubildenden auf die Berufsgruppen geschätzt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

Forstwirtschaft sowie bei den Gebietskörperschaften die wenigsten ausländischen Auszubildenden beschäftigt. Im genannten Zeitabschnitt erhöhte sich der Ausländeranteil nur in den Wirtschaftszweigen Chemie und Kunststoff, Nahrungs- und Genußmittel, Gaststätten und Beherbergung, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Gebietskörperschaften, in den anderen Wirtschaftszweigen ging er zurück.

Auch 1995 lernten in der Bundesrepublik ausländische Auszubildende im Unterschied zu deutschen überwiegend in Fertigungsberufen (Tabelle 7). Zweistellige Ausländeranteile wiesen Chemie- und Kunststoffberufe, Papierhersteller und -verarbeiter, Metallerzeuger und -bearbeiter, Schlosser und verwandte Berufe sowie Textil- und Bekleidungsberufe auf. Dagegen waren ausländische Lehrlinge in den technischen und Dienstleistungsberufen noch unterrepräsentiert. Ausnahmen bildeten die Körperpfleger und ärztlichen Assistenzberufe, bei denen die Ausländeranteile ebenfalls zweistellig ausfielen. Gegenüber dem Jahr zuvor war die Entwicklung von einer

Tabelle 8

Deutsche und ausländische Schulabgänger von beruflichen Schulen 1995 in Westdeutschland[1]

Abschlußart	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil
	in 1000 Personen		in vH
Mit Abschluß			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	29,0	10,1	25,9
Berufsschulen	334,7	32,0	8,7
Berufsfachschulen	101,9	12,6	11,0
Kollegschulen[2]	23,0	3,3	12,5
Berufsober- und Fachoberschulen[3]	50,9	2,9	5,5
Fachschulen	56,8	1,2	2,0
Insgesamt	596,4	62,2	9,4
darunter: Berufliche Ausbildung[4]	516,4	49,1	8,7
Ohne Abschluß[5]			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	15,1	6,5	30,1
Berufsschulen	61,9	15,6	20,2
Berufsfachschulen	20,3	5,5	21,3
Kollegschulen[2]	5,6	2,3	29,3
Berufsober- und Fachoberschulen[3]	6,4	0,9	12,5
Fachschulen	2,6	0,1	4,1
Insgesamt	111,9	30,9	21,7
darunter: Berufliche Ausbildung[4]	90,4	23,5	20,6
Alle Schulentlassenen			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	44,1	16,6	27,4
Berufsschulen	396,6	47,6	10,7
Berufsfachschulen	122,2	18,1	12,9
Kollegschulen[2]	28,6	5,6	16,4
Berufsober- und Fachoberschulen[3]	57,4	3,9	6,3
Fachschulen	59,4	1,3	2,1
Insgesamt	708,3	93,1	11,6
darunter: Berufliche Ausbildung[4]	606,8	72,6	10,7

[1] Ohne Schulen des Gesundheitswesens. — [2] Einschließlich Fach- und Berufsakademien. — [3] Einschließlich Fachgymnasien, Berufsaufbauschulen und technische Oberschulen. — [4] Abschlüsse beruflicher Schularten, an denen vorwiegend allein oder in Zusammenarbeit mit Betrieben ein beruflicher Abschluß erreicht werden kann. Bei Berufsfachschulen sind auch andere Abschlüsse enthalten. — [5] Einschließlich ohne Angabe der Zeugnisart.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Ausbildung in Fertigungsberufen hin zu einer in technischen und Dienstleistungsberufen bei ausländischen Jugendlichen äußerst gering, bei den deutschen kam sie zum Stillstand.

Ausländische Auszubildende konzentrieren sich auf weniger Ausbildungsberufe als deutsche Lehrlinge. In den fünfzehn jeweils am stärksten besetzten Ausbildungsberufen - von rund 370 entsprechenden Berufen - wurden 55 vH der ausländischen, aber nur 47 vH der deutschen Jugendlichen beschäftigt. Der noch relativ hohe Anteil bei deutschen Auszubildenden kommt durch die Ausbildungsberufe Bankkaufmann und Tischler mit geringen Ausländeranteilen zustande. In beiden Gruppen lag der Beruf des Kraftfahrzeugmechanikers an erster Stelle.

Faßt man die Berufe nach Gruppen zusammen, so zeigt sich, daß sich auf die zehn am stärksten von ausländischen Auszubildenden besetzten Berufsgruppen 86 vH aller ausländischen Auszubildenden konzentrieren; bei den deutschen Lehrlingen sind es 80 vH. Noch größer ist der Unterschied im Ausbildungsverhalten mit 88 zu 79 vH bei den weiblichen Lehrlingen. Ohnehin ist die berufsbezogene Verteilung ausländischer Auszubildender noch mehr als die der deutschen geschlechtsspezifisch orientiert: Relativ mehr ausländische als inländische Männer lernten in einem Fertigungsberuf, ausländische Frauen befanden sich noch mehr als deutsche in einer Ausbildung in Dienstleistungsberufen.

Ein Drittel der ausländischen Schüler ging 1995 von den beruflichen Schulen in Westdeutschland ohne Abschlußzeugnis ab, mit 16 vH war dieser Anteil bei den deutschen Schülern nur halb so groß (Tabelle 8). Seit 1992 entwickelten sich die gruppenbezogenen Anteile gegenläufig: Derjenige junger Ausländer ohne Abschluß ist etwas gesunken, der junger Deutscher geringfügig gestiegen. Somit näherten sich auch die Anteile der ausländischen und deutschen Schüler, die einen beruflichen Abschluß erreichten, geringfügig. Doch erzielten zuletzt erst zwei Drittel der jungen Ausländer diesen Abschluß, aber deutlich mehr junge Deutsche (85 vH)[18].

[17] Das Abschlußzeugnis der Berufsschule enthält nur den schulischen Teil der Ausbildung und ist nicht mit dem Lehrabschluß identisch, der von den Kammern erteilt wird. Weil die Lehrabschlußstatistik nicht nach Deutschen und Ausländern differenziert, wird hier der Berufsschulabschluß ausgewertet, der ein guter Indikator für Lehrabschlüsse ist, da fast alle Lehrabsolventen auch die Berufsschule erfolgreich verlassen. Bei den Schulen des Gesundheitswesens können die Abschlüsse aus diesem Grund ebenfalls nicht verwendet werden. Doch gibt es hier keinen Indikator, der ersatzweise ausgewertet werden kann.

[18] Mit noch geringerem Erfolg schlossen junge Ausländer die beruflichen Schulen in Ostdeutschland ab. Allerdings ist die Fallzahl sehr klein. Deutsche Absolventen waren hier jedoch etwas erfolgreicher als in Westdeutschland, so daß das Gefälle zu Lasten der Ausländer größer als in den alten Ländern war: 1995 erzielten nur 62 vH der ausländischen Absolventen einen beruflichen Abschluß, dagegen 88 vH der deutschen.

Ausblick

Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern wird die voraussichtliche Entwicklung von Bildungsverhalten und Bevölkerung dazu führen, daß Zahl und Anteil ausländischer Schüler weiter zunehmen. Gegenwärtig besuchen in Ostdeutschland aber noch vergleichsweise wenige junge Ausländer die Schulen. In Westdeutschland hatten sich Eingliederung und Erfolg ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Schule und der Berufsausbildung in der Vergangenheit zügig verbessert. Diese gewünschte Veränderung schwächte sich jedoch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre ab und kam nahezu zum Stillstand: An den allgemeinbildenden Schulen werden kaum noch Fortschritte erzielt, in der Berufsausbildung gibt es sogar Rückschritte.

Diese Entwicklung trat ein, obwohl im Vergleich zu gleichaltrigen Deutschen bei Schulbesuch und Abschluß sowie in der beruflichen Ausbildung der Rückstand noch nicht aufgeholt ist. Die Bundesrepublik erhält ihre Leistungsfähigkeit bei anhaltendem Zuwanderungstrend jedoch nur, wenn die Ausländer in Wirtschaft und Gesellschaft integriert werden. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist eine bessere schulische und berufliche Eingliederung junger Ausländer.

Der Erfolg von Bildungsmaßnahmen für ausländische Schüler ist nach wie vor unzureichend und muß gezielt gefördert werden, damit die Zahl ausländischer Schulabgänger ohne Abschluß deutlich verringert und der Trend zu weiterführenden Bildungs- und Ausbildungsgängen gestärkt wird. Dringlich ist es, die Beteiligung junger Ausländer an der Lehrausbildung zu erhöhen und die Berufswahl auf die ganze Breite der Ausbildungsberufe zu lenken. Hierzu sind freilich mehr Lehrstellen von der Wirtschaft — auch in den Betrieben, die im Besitz von Ausländern sind — anzubieten. Es macht wenig Sinn, zunehmend Ausgaben für die Ausbildung Jugendlicher auf den Staat abzuwälzen, aber gleichzeitig einen „schlankeren Staat" zu fordern.

Aus den Veröffentlichungen des DIW
Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3-428-05800-3). DM 19,80/ öS 145,— / sFr 20,—.

Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3-428-06201-9). DM 56,— / öS 408,— / sFr 58,—.

Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3-428-08311-2). DM 54,— / öS 394,— / sFr 54,—.

Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 488 S. 1988. (3-428-06387-2). DM 82,80 / öS 603,— / sFr 83,—.

Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.) 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 453,— / sFr 62,—.

Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 528,— / sFr 72,—.

Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 528,— / sFr 72,—.

Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener, 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.

Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.

Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.

Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO_2-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.

Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.

Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-082293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.

Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeifer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.

Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.

Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.

Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— /öS 599,— / sFr 82,—.

Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern** — Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 487,— / sFr 58,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789 200
DIW-Internet-Homepage: http://www.diw-berlin.de

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,

Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Globalisierung: Falle oder Wohlstandsquelle? Bearbeitet von Harald Trabold. —
Was bringt die Höherbewertung der Goldreserven? Bearbeitet von Reinhard Pohl. —
Kaum noch Fortschritte bei der Integration junger Ausländer in das Bildungssystem. Bearbeitet von Wolfgang Jeschek.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: Druckerei Schlüter GmbH, Grundweg 77, 39218 Schönebeck.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.
Zuzüglich Versandspesen.

ISSN 0012-1304